

(A) Beginn: 10.01 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 74. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und darf Sie alle recht herzlich begrüßen. Mein besonderer Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Tribüne und den uns begleitenden Mitarbeitern von Rundfunk, Presse und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich 23 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

(Unruhe)

- Sie wissen, daß wir einen Punkt zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen haben, so daß die heutige Sitzung länger als ursprünglich vorgesehen dauern wird. Sie wird sich noch mehr verlängern, wenn Sie mir nicht aufmerksam folgen.

(Heiterkeit - Weiterhin Unruhe)

- Ich warte so lange, bis Ruhe eingetreten ist.

(Fortdauernde Unruhe)

Ich darf im Zusammenhang mit den Entschuldigungen in Erinnerung bringen, daß der Herr Ministerpräsident heute nicht im Hause sein wird, weil er im Interesse dieses Landes an der Senatssitzung der Max-Planck-Gesellschaft teilnimmt. Ich bitte, bei Ausführungen gegebenenfalls zu berücksichtigen: daß dieses bekannt war und notwendig ist.

(B)

Ferner weise ich darauf hin, daß der Herr Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales bis etwa 11.30 Uhr nicht im Hause sein wird, weil er an der 40-Jahr-Feier der Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Bezirk Nordrhein-Westfalen, teilnimmt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß namens der F.D.P.-Fraktion beantragt worden ist, den Tagesordnungspunkt 1 - Dritte Lesung des Gesetzes über Änderungen im Hochschulbereich - wieder von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Die Begründung des Antrags lautet:

Die Begründung lautet:

Die F.D.P.-Fraktion sieht ebenso wie die Interessengemeinschaft Fachhochschule Hagen die dringende Notwendigkeit einer Beratung zur Vorbereitung der dritten Lesung.

Die F.D.P. teilt die Ansicht der Interessengemeinschaft Fachhochschule Hagen, daß eine übereilte Entscheidung an den Problemen der Region vorbeigehen würde.

(C)

Da nach unserer Geschäftsordnung über Anträge auf Änderung der Tagesordnung vor Eintritt in die Tagesordnung abgestimmt werden muß, lasse ich jetzt über diesen Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Absetzung des Punktes 1 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Das Letzte war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Hinzufügen darf ich hier, daß mir die Fraktion der F.D.P. mitgeteilt hat, sie werde im Falle der Ablehnung ihres Antrags namentliche Abstimmung über das Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich beantragen. Ich bitte Sie, sich darauf einzurichten.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe den Punkt 1 - das ist die bereits beschlossene Ergänzung der Tagesordnung - auf:

Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich (HSAG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2599

in der Fassung nach der zweiten Lesung
Drucksachen 10/2954 und 10/2984
dritte Lesung

(D)

Da seit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs am vergangenen Mittwoch keine weiteren Ausschusssitzungen stattgefunden haben, bildet die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zur zweiten Lesung Drucksache 19/2954 unter Einbeziehung des während der zweiten Lesung angenommenen Änderungsantrags der SPD Drucksache 10/2984 die Beratungsgrundlage der heutigen dritten Lesung.

(Unruhe)

- Ich bin doch gespannt. Ich halte das etwas länger aus.

Ich eröffne die Beratung in dritter Lesung. Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Kniola das Wort.

Kniola (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich heute morgen vor dem Kleiderschrank stand, hat mich die jeden morgen die Männer bewegende, quälende

(Kniola (SPD))

- (A) Frage beschäftigt: Welche Krawatte bindest du denn heute zu dieser Debatte eigentlich um? Ich habe mir gedacht: Nimm doch einmal diese; die hat etwas mit dem Thema zu tun. Diese habe ich nämlich von der Stadt Herne bekommen. - Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister Pohlmann! Nun hatte ich Willi Pohlmann gefragt: Willi, sag einmal, du hast mir die doch nicht wegen meiner schönen blauen Augen geschenkt; du hast dir doch dabei etwas gedacht! - Ja, hat er gesagt, das ist ein kleines Dankeschön dafür, daß du mit dafür gesorgt hast, daß die Universität Dortmund in Herne eine Technologietransferstelle eingerichtet hat, und weil wir uns von dieser universitären Einrichtung einen innovativen Schub in Herne und in der EMScherregion versprechen.

(Zustimmung bei der SPD)

Dieser Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Forschung, zwischen Technologietransfer und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist das, was uns alle gemeinsam in den Debatten der letzten Tage bewegt hat. Das ist auch das, was uns in der Fraktion bis zuletzt bewegt hat, auch im Fall Hagen noch einmal sehr sorgfältig zu prüfen, nachzudenken und eine Entscheidung zugunsten der Region zu treffen.

Nun ist Innovationsschub zugunsten neuer Arbeitsplätze ein fürwahr wichtiges Thema. Die CDU hat in diese Debatte außer dem Nein zum Hochschuländerungsgesetz auch noch einen Initiativantrag eingebracht.

(B)

- Schade, Herr Kollege Dr. Worms, ist nicht hier; er hat das unterschrieben. Ich mache ihm gar keinen Vorwurf, und man kann nicht alles lesen, was es hier an Vorlagen gibt. Hierin steht nämlich etwas, was ich sehr bemerkenswert finde. Denn in dem CDU-Antrag steht:

Forschungsdefizite an unseren Hochschulen sind zu beseitigen. So sind in Nordrhein-Westfalen bis auf wenige gute Ansätze Forschungsbereiche, die sich mit den Problemen Altlasten, Abfallentsorgung, Kanalisation, Wasserreinigung und Umweltanalytik befassen, nicht ihrer Bedeutung entsprechend ausgebaut.

Ich kann verstehen, daß man so etwas schreibt, wenn man nicht alles liest, was es an Informationen gibt. Es gibt aber die Vorlage 10/199: "Forschung in Nordrhein-Westfalen, Dokumentation der Umweltforschung auf dem Stand 1986". Wir sind also schon ein bißchen weiter, und die Kollegen aus dem Fachbereich wissen das auch.

Angesichts dessen, was hier als Defizit beschrieben wird, darf ich folgendes sagen: Es gibt in Nordrhein-Westfalen 90 Projekte "Forschung zur Luftreinhaltung", 81 Projekte "Forschung zum Gewässerschutz", 58 Projekte "Forschung zur Umweltanalytik", 50 Projekte "Forschung zum Bodenschutz", 43 Projekte "Forschung zum Waldsterben",

(C)

(Dr. Posdorf (CDU): Sie wollen es nicht verstehen!)

40 Projekte "Medizinische und toxikologische Umweltforschung", 25 Projekte "Zum Natur- und Artenschutz", 23 Projekte "Umweltforschung und Lebensmittel", 21 Projekte "Forschung zur Umweltentlastung im Wohnbereich", 17 Projekte "Forschung zur Abfallbeseitigung", 11 Projekte "Umweltforschung im Planungsbereich", 6 Projekte "Forschung zur Freiraumsicherung" und 30 Projekte "Generelle Umweltforschung".

Ich glaube, das ist eine sehr bemerkenswerte Liste, die auch dazu geführt hat, daß Nordrhein-Westfalen, was die anschließende industrielle Umsetzung in Umwelttechnologien angeht, eine führende Position in der Bundesrepublik hat, ja in einzelnen Feldern sogar in Europa. Hier wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem, was wir in der Forschung, in der Wissenschaft leisten, und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ganz deutlich. Herr Kollege Dr. Posdorf, man kann in dem Zusammenhang wahrlich von allem möglichen sprechen, und auch Gutes kann noch verbessert werden. Aber das Wort "Defizit" ist hochgradig unangemessen, gerade was das Feld der Umweltforschung angeht.

(D)

(Beifall bei der SPD - Dr. Posdorf (CDU): Das ist unsinnig formuliert!)

Nun weiß ich, daß wir hier zum Hochschuländerungsgesetz reden, und das Hochschuländerungsgesetz steht gerade mit diesem Bereich in einem wichtigen Zusammenhang, nämlich im Bereich Höxter. Höxter - das ist das Ergebnis unserer intensiven Beratung, die wir auch unter Einbeziehung der Betroffenen gemacht haben. Dort wollen wir, gerade in diesem Feld, neu etwas aufbauen. Neben der dort vorhandenen Landespflege sollen die Felder Abwasser- und Abfallwirtschaft ingenieurmäßig, planungsmäßig neu ausgebaut und mit eigenem Studiengang versehen werden, damit - um das Wort eines früheren Kollegen zu gebrauchen - die "Waldläufer" und die "Malocher" zusammenfinden, damit die technisch ausgerichteten Ingenieure und die in erster Linie am Naturschutz interessierten Landespfleger unter einem Dach verhandeln und die Entwicklung voranbringen.

(Kniola (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren von der CDU und F.D.P., in der zweiten Lesung haben Sie nur ein pauschales Nein zum Gesetzentwurf eingebracht, auch zu dem Beratungsergebnis.

(Hardt (CDU): In einer Nacht- und Nebelaktion hat ihre Fraktion alles verändert!)

- Dabei bin ich noch gar nicht; ich bin bei ganz anderen Punkten.

Ich denke, es wäre wichtig, wenn Sie wenigstens sagten: Dieses Nein bezieht sich nicht auf Minden, nicht auf § 109, nicht auf das, was in Höxter geschieht. - Vielleicht sollte man das klar und deutlich in einem differenzierten Abstimmungsverhalten ausdrücken.

Damit bin ich bei Ihrer Position des Neins. Ich habe am Mittwoch in der Debatte versucht, einmal umfassend darzustellen, was wir denn eigentlich in Hagen und in der Märkischen Region Positives entwickeln wollen, damit, ähnlich wie es für Höxter gilt, der Blick nicht nur nach rückwärts, sondern nach vorn gerichtet ist, und zwar zur Meisterung der Zukunftsaufgaben, die in Wissenschaft und Forschung anstehen, die aber auch anstehen in bezug auf die Verwendung der dort ausgebildeten jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Diejenigen, die hier gleich abstimmen werden, müssen auch klar und deutlich sagen, ob sie wirklich nein sagen zum Ausbau der Kunststofftechnologie und des Korrosionsschutzes in Iserlohn,

(B)

(Dr. Posdorf (CDU): Das ist doch dummes Zeug!)

ob sie wirklich nein sagen wollen zum Ausbau der Fernuniversität in den Feldern Elektrotechnik und Informatik in dem von uns vorgetragenen Umfang,

(Widerspruch der Abgeordneten Dr. Posdorf und Dr. Fischer (CDU))

ob Sie wirklich die Fernuniversität mit ihren Raumsorgen im Regen stehenlassen wollen und daß keine Technologietransfereinrichtungen in Hagen und Iserlohn geschaffen werden?

Meine Damen und Herren, es ist einfach zu sagen: Wir wollen alles Bestehende erhalten. - Man muß hier gestaltend die Zukunft in Angriff nehmen;

(Tschoeltsch (F.D.P.): Doch nicht durch Schließung!)

man muß wirklich den Mut haben, sich an der einen oder anderen Stelle um der Bewältigung

der Zukunftsaufgaben willen von lieb gewordenen Traditionen zu trennen! (C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der F.D.P.: Das ist nicht zu fassen!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Dr. Posdorf das Wort.

Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorgestern waren wir hier alle Zeugen eines von den Sozialdemokraten inszenierten Schauspiels, das sich zweite Lesung zum Hochschuländerungsgesetz nannte - eines miesen Schauspiels, dazu noch mit einer üblen Dramaturgie.

Nächstens erbastelten die Sozialdemokraten einen faulen Kompromißvorschlag, der lediglich drei Zielsetzungen hatte:

erstens, die Einheit der Sozialdemokratischen Fraktion wiederherzustellen;

zweitens, den beherzten SPD-Abgeordneten der betroffenen Regionen unter Wahrung ihres Gesichtes die Möglichkeit zu geben, sich zusätzlich noch als heroische Retter darstellen zu können, und

drittens, das durch Häufung von krassen Fehlleistungen blaß gewordene wissenschaftspolitische Gesicht von Frau Brunn nicht gänzlich fahl werden zu lassen. (D)

Das sind die Eckdaten der Hochschulpolitik dieser Landesregierung, mitgetragen von Ihnen, von der SPD-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Dafür muß Hagen geopfert werden. Ich meine, man muß schon ein degeneriertes Verständnis von Glück haben, wenn man über diesen miesen Kompromiß glücklich sein kann.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ich glaube auch nicht und kann es mir nicht vorstellen, daß irgend jemand in der SPD hierüber glücklich ist.

Und deshalb frage ich Sie: Warum denn das Ganze? Es entbehrt doch jeder sachimmanenten Logik!

Ich frage Sie weiter: Wie lange wollen sich eigentlich diese Landesregierung und die Fraktion der SPD von den immer wieder eklatant zutage tretenden Unfähigkeiten dieser

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) Ministerin im wissenschaftspolitischen Bereich an der Nase herumführen und derart unter Druck setzen lassen?

(Dr. Farthmann (SPD): Das ist nackte Polemik!)

- Das ist die Wahrheit, Herr Farthmann. Die können Sie nicht vertragen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wir haben die dritte Lesung beantragt, um einen letzten Rettungsversuch zu ermöglichen, um einer vernünftigen Lösung den Weg zu ebnen.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wir haben außerdem beantragt, eine Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zwischen die zweite und dritte Lesung zu schalten.

(Schultz (SPD): Was haben Sie beantragt? Wo ist denn Ihr Antrag? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Hören Sie endlich einmal zu und schreien Sie nicht nur herum.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

- Ihre Argumente werden doch durch die Lautstärke nicht besser!

(B)

(Dr. Farthmann (SPD): Er wird ganz nervös!)

Zunächst bestand doch Konsens, weil Sie die dritte Lesung nicht verhindern konnten und weil Sie auch in einer Ausschusssitzung nichts Problematisches gesehen haben. Doch dann müssen Sie wohl gemerkt haben, daß es sich bei diesem Vorhaben von uns selbstverständlich nicht um einen formalen Akt gehandelt hat, sondern daß wir die Zeit nicht nur nicht verstreichen lassen wollten, sondern sie um der Vernunft zum Sieg zu verhelfen zu nutzen gedachten. Es ist doch vollkommen klar - und Sie, Herr Farthmann, als Fuchs haben das sicher gemerkt -, daß wir in der Ausschusssitzung beantragt hätten, ein Hearing zu veranstalten, in dem wir die Praktikabilität

(Lachen des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- jetzt lachen Sie; Sie haben es also gemerkt! - Ihres Vorschlages mit Fachleuten aus der Fachhochschule und der Region nicht nur hätten bereden, sondern auch überprüfen können - ein Hearing, welches unsere Mei-

nung, da bin ich sicher, voll bestätigt hätte. Aber genau davor hatten Sie Angst, panische Angst. Es mußte um Himmels willen verhindert werden, daß in diesem Hearing offen zutage getreten wäre, wie unsinnig Ihr Beschluß ist, Herr Kniola. Denn es war ein mühsam ausgehandelter Kompromiß, der nicht die geringste Nuance an Abweichungen gestatte, ohne daß sich der vernünftige Sprengsatz in Ihrer Fraktion wieder zusammengeballt hätte.

Meine Damen und Herren, reiner Selbstschutz trieb Sie zu dieser Entscheidung. Ein Selbstschutzbedürfnis der Fraktion, ein Selbstschutzbedürfnis der Regierung als Grundlage der Hochschulpolitik ist doch nun wirklich das letzte, worüber man diskutieren sollte.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)
- Dr. Pohl (CDU): Das ist richtig!)

Auch die Beiträge der Redner von SPD und Regierung - das letzte Mal genauso wie heute - glichen mehr einem verzweiferten Versuch einer Apologie als einer stichhaltigen Begründung dieser Entscheidung. Sophismen waren es, Herr Kniola, mühsam zusammenge- raffte Lieferungen von Scheinbeweisen - wie wir es heute auch wieder gesehen haben - ,

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

die doch mit der Sache nichts zu tun haben. Sophismen mußten als Begründung herhalten.

(Zuruf von der F.D.P.: Und die Krawatte!)

- Ja, das war ein flotter Einstieg.

Meine Damen und Herren, ganz ernsthaft: Wenn wir uns darüber beklagen, daß das Ansehen von Parlamenten sinkt, so muß ich Ihnen sagen, daß Sie selber mit dieser Entscheidung mit Sicherheit dazu beigetragen haben.

Herr Kollege Kniola, mir liegt es nicht, und ich habe es auch bisher nie getan, Kollegen persönlich anzugreifen. Aber ich muß an dieser Stelle feststellen, daß die Formulierung in Ihrer Rede am Mittwoch - wir würden uns vor der Übernahme von Verantwortung drücken - schon eine Unglaublichkeit ist, wenn man sie in dem Zusammenhang mit der offenkundigen Tatsache - - Ich lasse keine Zwischenfrage zu. Sie sollen auch mal lernen, zuzuhören und nicht nur zu stören.

(Lachen bei der SPD)

Schauen Sie sich doch einmal um: Zeitung wird gelesen, gesprochen wird. Kein Mensch

(C)

(D)

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) hört zu, weil Sie ja Ihre Entscheidung schon gefällt haben. So ist das.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Herr Kollege, derart verantwortungslos wird gehandelt.

(Zuruf von der SPD)

Herr Kollege Kniola, ich muß auch feststellen, daß wir nie gesagt haben - auch das ist eine böse Unterstellung Ihrerseits -, daß von den Fachbereichen Sozialarbeit, Sozialpädagogik oder Architektur für uns der innovative Schub für eine Region ausgeht. Wir haben, auch wenn wir um den Erhalt der Fachhochschule Hagen kämpfen wollen, nie davon geredet, daß sie, nämlich die Fachhochschule Hagen, genau in der gleichen Form erhalten bleiben soll. Das sind Ihre Scheinbeweise, daß sind Ihre Sophismen, die Sie hier suggerieren wollen. Herr Kniola, das war durchschaubar platt, was Sie gesagt haben.

Wir haben unsere Vorschläge im Entschließungsantrag eingebracht. Wir wollen die Elektrotechnik und das Bauingenieurwesen in Hagen mit zukunftsorientierten Schwerpunkten und Studienvertiefungen versehen wissen. Gleiches gilt für den Standort Iserlohn im Fachbereich Maschinenwesen und Physikalische Technik. Das ist unsere Zielsetzung. Nichts anderes! Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD! Es ist doch in der Tat nicht damit getan, dem Standort Iserlohn jetzt einen neuen Namen zu geben. Name hin, Name her - das ist doch wirklich das Nebensächlichste, das es gibt. Wichtig ist, doch, daß diese Standorte Hagen und Iserlohn, und gerade unter Berücksichtigung regionaler Gesichtspunkte, regionaler Spezifika, auch für ihre Region tätig werden können. Was Sie hier veranstalten, sind Ablenkungsmanöver und das Fördern von Illusionen; denn Ihre Zielsetzungen sind andere. Sie geben sie nur nicht zu.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Sie sagten in Ihrer Rede, daß Sie und die Landesregierung alle Anstrengungen unternehmen, die Hochschulen zu unterstützen, wenn sie - und ich formuliere das einmal so - zukunftsorientierte neue Schwerpunkte, Studienvertiefungen und Ähnliches bei sich etablieren wollen, und zweitens die Hochschulen dann schließen wollten, wenn die Studenten ausbleiben. - Ich habe dazwischengerufen "Aber bitte genau in der Reihenfolge", und Sie haben gesagt, das sei die Reihenfolge. Nur, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Hagen ist es genau umgekehrt

gelaufen. Sie scheinen also zu neuen Erkenntnissen gekommen zu sein. Hagen ist seit 1982 systematisch kaputtgemacht worden; und zwar von der Landesregierung.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wie sieht es heute aus? Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen: In Minden und in Höxter werden in den nächsten Jahren bis zu 80 % der Stellen allein durch Pensionierung frei. Im Fachbereich E-Technik der Fachhochschule Hagen sieht es so aus: Von 15 Stellen sind zwei nicht besetzt, und bis 1991 werden rund sieben durch Pensionierung frei. Das alles sind doch die Hintergründe Ihrer Überlegungen. Es ist doch leicht, Hochschulen an ihrer Entwicklung zu hindern, wenn man dann so leicht an die Stellen kommt. Herr Kniola, ich habe die schlimme Befürchtung, daß dieses Ihr Ziel im Hinterkopf ist. Die Realität für Hagen bis zu diesem faulen Kompromiß, der alles übertünchen sollte, gibt mir darin leider Recht.

Eine konkrete Frage, Herr Kniola: Bleibt in beiden Standorten, in Iserlohn und in Dortmund, der zukunftssträchtige Forschungsbereich Korrosionsschutz erhalten? Gerade dieses Beispiel Korrosionsschutz ist zwar ein kleines Beispiel. Aber ich meine, es ist sehr eindrucksvoll und zeigt, daß es dringender und notwendiger denn je ist, die Hochschulplanung im Rahmen eines dynamisch und flexibel handhabbaren Gesamtkonzepts zu verankern.

(D)

Meine Damen und Herren! Wir haben immer gesagt - und ich betone es an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich -: Wir sind keine fundamentalistischen Neinsager, wie Sie hier ablenkungsweise zu suggerieren versuchen. Ich wiederhole es: Auch wir werden unseren Kopf - ich habe das oft genug gesagt - für Entscheidungen mit hinhalten, auch wenn sie dem einen oder anderen oder vielen nicht passen. Aber nur unter der Voraussetzung, daß diese Entscheidungen ihre Begründung in einem schlüssigen Gesamtkonzept finden, das die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen als Ganzes sieht.

Für derart faule Kompromisse, wie Sie sie heute vorlegen - und ich weiß, daß Sie alle nicht glücklich darüber sind -, dazu noch unehrlich, weil sie die wahren Zielsetzungen verschweigen, werden Sie unsere Zustimmung nicht erhalten. Wir wollen mit diesem unehrlichen Spiel nicht identifiziert werden, und wir lassen uns auch nicht damit identifizieren.

Ich habe den Eindruck, Herr Rau, Sie haben wohl nicht nur Ihre Fraktion nicht mehr im

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) Griff, sondern Sie haben im Moment überhaupt nichts mehr im Griff. Ich fürchte, daß Sie sich von dieser Entscheidung Ihrer Regierung nicht erholen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Nunmehr hat für die Fraktion der F.D.P. Herr Abg. Schultz-Tornau das Wort. Bitte, Herr Kollege!

Schultz-Tornau, (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kniola, Sie haben sich heute morgen für eine Krawatte der Stadt Herne entschieden. Ich glaube, es wäre auch schon fast Zynismus gewesen, wenn Sie eine Krawatte der Stadt Hagen angelegt hätten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Gleiches gilt auch für die Stadt Iserlohn. Ich verspreche Ihnen aber, wenn Sie sich heute noch umbesinnen und für die Erhaltung der Fachhochschule Hagen stimmen - obwohl ich nicht aus Hagen komme - eine hervorragende Flasche Schampus, mit der Sie dann auch was anfangen können. Bei Krawatten ist es ja häufig so, daß sie bei der nächsten Weiberschnitzerei bereits abgeschnitten sein können.

(Beifall bei der F.D.P.)

- (B) Sie haben in Ihrem humorvollen Vortrag, Herr Kniola, von einer sorgfältigen Prüfung gesprochen, und ich glaube, niemand hat die feine Ironie verkannt, die in dieser Beschreibung des Vorgangs, wie es denn zu dem Kompromiß in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch gekommen ist, gesteckt hat. Noch am Donnerstag der vorigen Woche war von dieser Sachlösung, die Sie uns heute als Ergebnis sorgfältiger Prüfung verkaufen wollen, nicht mit einer einzigen Silbe die Rede.

In all den Monaten, in denen wir diskutiert haben - in Hagen, bei der Anhörung vor dem Wissenschaftsausschuß und, wie gesagt, in der letzten Woche im Wissenschaftsausschuß -, hörte man davon kein einziges Wort; es ist über ganz andere Dinge gesprochen worden.

(Dr. Fischer (CDU): Richtig!)

Wir haben deshalb auch konsequent in dieser Ausschusssitzung mit neun gegen sieben Stimmen - das war ja der einzige Punkt, der vom Gesetzentwurf unserer ehrenwerten Ministerin übrig geblieben ist - für die Schließung der Fachhochschule Hagen gestimmt.

So ist das dann auch kein Produkt sorgfältiger Prüfung, sondern der Ausdruck peinlicher Verlegenheit, was da in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch geschehen ist.

(Zustimmung bei der F.D.P. und Abgeordneten der CDU)

Ich glaube schon, daß Sie gedacht haben, Sie hätten eine geniale Lösung gefunden. Die Ministerin kann sagen, sie habe sich durchgesetzt; denn im ersten Passus steht, die Fachhochschule Hagen werde aufgehoben. - Sie kann sagen: Ich habe tatsächlich erreicht, was ich wollte. Zum anderen kann sie noch sagen - was besonders großartig ist -, sie hätte zugleich eine neue Fachhochschule in diesem Lande gegründet.

(Lachen bei F.D.P. und CDU)

- Sie ist also wirklich eine "Gründerin" dieser Fachhochschule Iserlohn!

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Gegenrufe von der SPD - Unruhe)

Dazu habe ich Ihnen, Frau Ministerin - und ich will dieses Versäumnis nachholen - noch gar nicht gratuliert. Ich gratulierte Ihnen von Herzen, wenn die Sache denn nicht mehr Anlaß für eine Satire böte als zu einer ernsthaften Gratulation.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Den tapferen Rebellen gilt auch jetzt noch mein Respekt. Denn ich kann mir vorstellen - ich weiß es nicht, weil das bei uns nicht üblich ist -, was es heißt, sich dem Dauerdruck einer Fraktion, die ja Solidarität besonders hoch ansiedelt, was ich gar nicht abwertend meine,

(Aigner (SPD): Sie haben schließlich keine Wahlkreise!)

über viele Monate zu entziehen. Dann greift man vielleicht gern nach dem scheinbaren Strohalm.

Aber wer die Presse, wer die Reaktionen der Öffentlichkeit in Hagen verfolgt, der wird feststellen: Selten halten Strohhalme, selten kann man sich an ihnen wirklich festklammern. Und so ist es auch hier. Sie sind ganz eindeutig abgestürzt, und Sie werden dies auch noch in den nächsten Wochen und Monaten und ebenso im Jahre 1990 - da braucht man kein Prophet zu sein - zu spüren bekommen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

(D)

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Nun, Herr Kniola, zu einigen sachlichen Punkten, die Sie hier angesprochen haben und die nicht zum Thema Hagen gehören!

Sie haben sich dagegen verwahrt, daß die Opposition ein pauschales Nein zu dem Gesetzeswurf gesagt habe. - Sie wissen, daß das nicht richtig ist; Sie wissen, daß wir die Entscheidung, wonach die Abteilung Minden bei der Fachhochschule Bielefeld bleiben soll, im Ausschuß mit 16 : 0 Stimmen getroffen haben. Der einzige, der im Ausschuß politische Verantwortung getragen hat und immer noch meinte, dies wäre die falsche Entscheidung, ist die Frau Ministerin und nicht die Opposition; das muß man der Wahrheit zuliebe doch einmal festhalten.

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Genauso haben wir im Ausschuß mit 16 : 0 Stimmen den § 109 zu Fall gebracht, diese Zwangslösung. - Ich will das Wort "Fusion" vermeiden, um das zarte Gemüt der Frau Ministerin nicht anzutasten; das habe ich erst am Mittwoch getan.

(Dr. Fischer (CDU): Richtig!)

Von einem pauschalen Nein kann also keine Rede sein. Übrigens haben wir auch diese Vorklinik-Problematik mit 16 : 0 Stimmen - auf Ihren Vorschlag hin, Herr Kniola! - gemeinsam so entschieden, wie Sie das gewollt haben.

(B)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kniola?

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Aber mit dem größten Vergnügen! Wir befinden uns ja in einem Dialog!)

- Herr Abg. Kniola, Sie haben das Wort. Bitte sehr!

Kniola (SPD): Herr Kollege, haben Sie bemerkt, daß ich mich ausdrücklich auf das Abstimmungsverhalten während der zweiten Lesung hier im Plenum bezogen habe?

Schultz-Tornau (F.D.P.): Ja, aber das gehört wirklich unter das Stichwort "Sophismus", das eben Herr Professor Posdorf schon verwendet hat; denn wir hatten ja hier gar keine Gelegenheit, Einzelabstimmungen durchzuführen; dies ist im Plenum nicht geschehen. Genauso haben wir im Ausschuß zu dem Gesamtergebnis, bei dem nur noch die Schließung der Fachhochschule Hagen übrig blieb, nein gesagt. Dabei handelt es sich

dann aber nicht um ein pauschales Nein, sondern um ein begründetes Nein zu dieser Einzelfrage! - Dieses Argument kann also auch für Sie nicht überzeugend sein; ich halte Sie für viel zu intelligent dazu. (C)

Deswegen zu dem, was Sie uns hier vorgetragen haben, daß Sie nämlich allen Ernstes demjenigen, der für die Fachhochschule Hagen ist, unterstellen, er sei gegen die Fernuniversität, er sei - was noch grotesker wäre - gegen zusätzliche Stellen in Iserlohn zum Ausbau der dortigen hervorragenden Fachrichtungen: das können Sie doch nicht im Ernst glauben!

Mich würde wirklich interessieren - auch dafür verspreche ich Ihnen eine Flasche Schampus! -: Zeigen Sie mir in Ihrem Gesetzesentwurf, wo etwas vom Aufbau der Fernuniversität im Gesetzestext selber vorkommt,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

wo etwa von der Verstärkung Iserlohns im Gesetz die Rede ist, wo im Gesetz die Rede davon ist, daß in Hagen neue Einrichtungen hinkommen sollen - ein Nullum auf der ganzen Linie! Das sind alles vage Versprechungen, an die glauben mag, wer will, an die dieselben Leute glauben mögen, die 1981 Herrn Schwier vertraut haben. Wir sind nicht so blauäugig, solch vagen Versprechungen Glauben zu schenken; das tun wir nicht!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(D)

Wie sollen wir denn auch glauben, daß man in Hagen - Sie haben ja ebenfalls davon gesprochen, was ich begrüße, wenn es auch sehr vage geschehen ist -, neue Studiengänge ansiedeln könne, so daß auch die Abteilung Hagen wieder stärker werden könnte. Wie soll man das glauben, wenn Sie gleichzeitig sagen, Hagen sei dann nur noch der Rest, und deswegen empfehle es sich, die dann deutlich überwiegende derzeitige Abteilung Iserlohn zum Hauptsitz zu machen und Hagen den Status einer Abteilung zu geben. Das widerspricht sich doch, wenn Sie ankündigen, in Hagen solle, an dieser Fachhochschulabteilung, wieder Neues aufgebaut werden. - "Neues, auferstanden aus Ruinen", muß man da wohl sagen. Das paßt meiner Überzeugung nach nicht zusammen.

Wer in diesem Zusammenhang sachlich diskutiert, der muß sich auch in Erinnerung rufen, daß die Fachhochschule ja zum Teil in diese Schwierigkeiten, in denen sie ja unbestreitbar steckt, gekommen ist, weil sie vergeblich seit vielen, vielen Jahren immer wieder neue Vorschläge gemacht hat, nicht

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) den Status quo zu erhalten, sondern über diesen Status quo hinauszukommen, Neues zu errichten. Dieses Petikum, jeder solcher Vorschlag ist permanent durch das Wissenschaftsministerium in Düsseldorf "abgebügelt" worden!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU
- Dr. Posdorf (CDU): So ist es!)

Das ist doch die Wahrheit. Wir sollten nicht so vergeßlich sein oder darauf spekulieren, daß vielen hier im Hause dieser Zusammenhang nicht bekannt ist.

Wir hätten uns gewünscht, wenn noch einmal versucht worden wäre, auch mit der neugegründeten Interessengemeinschaft Übereinstimmung zu erzielen, an deren Spitze - ich habe das heute gelesen - ein Volkstribun wie der Bürgermeister von Schalksmühle steht, der keiner der drei politischen Kräfte dieses Landtags angehört und dem man deshalb auch nicht nachsagen kann, er sei von vornherein parteipolitisch voreingenommen. Er kommt aus dem märkischen Raum, den man ja anscheinend stärken will, und nicht aus der "gerupften" Stadt Hagen. Ich finde es gut, daß sich gerade dieser Mann an die Spitze gestellt hat, weil damit auch deutlich wird, daß es hier weder um Parteipolitik noch darum geht, Hagen gegen Iserlohn und den Märkischen Kreis auszuspielen,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- (B) sondern daß alle begriffen haben: Diese Lösung schadet der gesamten Region.

Es wäre ein Akt der Fairneß gewesen und hätte Ihrer Glaubwürdigkeit gedient - Sie sagen, dort solle insgesamt ein neues leistungsfähiges Gebilde entstehen -, wenn man über die Inhalte, über die Strukturen miteinander gesprochen hätte. Mit "miteinander" meine ich nicht nur "unter uns", sondern noch einmal mit der Wirtschaft dieses Raumes, mit den Gebietskörperschaften, mit der betroffenen Hochschule. Daß alles dies nicht geschehen ist, sagt auch etwas über die Qualität Ihres Änderungsvorschlags aus.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes ausführen, Frau Ministerin: Sie können von Glück sagen, daß wir nicht mehr im alten Athen leben. Dort gab es die humane Sitte des Ostrazismus.

(Zuruf des Abg. Dr. Kraft (SPD))

- Herr Dr. Kraft weiß es; er fühlt sich gleich angesprochen. (C)

(Dr. Kraft (SPD): Mit anschließendem Schierlingsbecher!)

- Das mit dem Schierlingsbecher war nicht anschließend.

(Dr. Kraft (SPD): Das sind verdeckte Morddrohungen!)

- Also Sie sollten jetzt Ihre Wunschvorstellungen nicht mit meinen Ausführungen durcheinanderwerfen.

(Heiterkeit - Dr. Kraft (SPD): Das kostet eine weitere Flasche Schampus!)

- Der Ostrazismus - ich wiederhole mich - war eine humane Methode. Auf Scherben wurde geschrieben, wer verbannt werden sollte. Wenn die entsprechende Zahl zusammengekommen war, mußte der Betreffende in allen Ehren die Stadt Athen verlassen.

Frau Ministerin, für die Scherben, auf die man den Namen hätte schreiben können, haben Sie in reichem Maße gesorgt.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Jeder hier weiß, daß sich nicht nur bei der Opposition, sondern auch bei der Mehrheitsfraktion in diesem Hause, das nicht immer mit Athen zu vergleichen ist, eine übergenügende Anzahl finden würde, die, bestünde diese Sitte noch, Ihren Namen auf die Scherben schriebe. Aber Sie sollten sich überlegen, ob Sie innerlich nicht selbst das nachvollziehen, was im alten Athen äußerlich geschehen ist, und auf diesen Scherbenhaufen selber Ihren Namen setzen, Konsequenzen ziehen und dieses Trauerspiel von Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen, soweit es sich mit Ihrem Namen verbindet, beenden. (D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Bevor ich Frau Ministerin Brunn das Wort erteile, möchte ich zwei Hinweise geben:

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion auf namentliche Abstimmung ist inzwischen eingegangen. Es wird also eine solche Abstimmung stattfinden.

Ich möchte die verehrten Kolleginnen und Kollegen bitten, für die Abstimmung den ihnen laut Sitzplan zugewiesenen Platz ein-

(Präsident Denzer)

- (A) zunehmen, um dem Präsidium die Arbeit zu erleichtern. - Ich danke für Ihre Bereitschaft.

Nunmehr hat die Frau Ministerin für Wissenschaft und Forschung für die Landesregierung das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abg. Schultz-Tornau, ich glaube, mit dem Exil haben wir es hier in Nordrhein-Westfalen nicht so, sondern wir haben ein Parlament, das demokratisch über Vorschläge abstimmt, und genau das ist heute der Fall.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir beraten in dritter Lesung ein Gesetz, das keine Wohltaten verteilt, mit dem man sich deshalb auch nicht beliebt machen kann. Es geht um Kürzungen, es geht um Einschnitte, und es geht auch um Besitzstände.

Mit dem Hochschuländerungsgesetz und der dem Wissenschaftsausschuß des Landtags vorliegenden Rechtsverordnung stellen wir tatsächlich Studiengänge ein. Das ist nichts, wofür man bei den Betroffenen Applaus bekommt. Aber nicht jede Entscheidung, für die man Applaus bei den Betroffenen bekommt, ist dann auch die richtige Entscheidung. Und nicht jede Entscheidung, für die man kurzfristig keinen Applaus bekommt, ist deshalb eine falsche Entscheidung.

(B)

Wir machen heute Schnitte dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, damit unsere Hochschullandschaft auch morgen prächtig gedeihen kann. Wir stellen Studiengänge ein, um die weiterbestehenden Studiengänge stärken und stabilisieren zu können; denn geänderte Berufsziele der Studierenden haben bereits Wirkungen gezeigt. Die geburten-schwachen Jahrgänge - das wird niemand leugnen - kommen unweigerlich auf uns zu. Wir schaffen uns heute Spielraum, den wir morgen brauchen, um weiterhin das Studium erneuern zu können.

Es klingt sehr abstrakt, wenn man über die Zukunft, über Möglichkeiten redet. Lassen Sie mich deshalb einige Studiengänge nennen, die wir in der letzten Zeit eingerichtet haben: Betriebsinformatik beispielsweise an der Fachhochschule Dortmund, Literaturübersetzung an der Universität Düsseldorf, Raumfahrttechnik an der Technischen Hochschule in Aachen, Energie- und Umwelttechnik in Jülich, Lebensmitteltechnologie an der Fachhochschule Lippe. - Ich sage dies auch im Hinblick auf den Antrag der CDU: Das,

was Sie fordern, nämlich neue Studiengänge im Umweltbereich einzurichten, haben die Hochschulen, hat die Landesregierung längst unternommen.

(C)

Dies sind nur wenige Beispiele. Denken Sie darüber hinaus an Forschungsschwerpunkte, die wir verstärken, an Institute, die wir ausbauen, Fraunhofer-Institute in Dortmund, Duisburg, Aachen! Kein anderes Bundesland hat im letzten Jahrzehnt so viele neue Fraunhofer-Institute geschaffen wie Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Fischer (CDU): Die Anträge aus Hagen sind aber abgelehnt worden!)

Oder denken Sie an unser neues Institut für Robotik. Denken Sie an die Heinz-Nixdorf-Stiftung, ein Forschungszentrum, in dem in enger Verbindung mit der Wirtschaft Informatiker, Sozialwissenschaftler, Ingenieure und Geisteswissenschaftler arbeiten. Es ist also einfach Unfug, angesichts dieser guten Entwicklung von Kahlschlag zu reden. Unsere Hochschulen sind leistungsfähig. Aber es gibt Bereiche, die überlastet werden, und andere, die kaum noch nachgefragt werden.

(Abg. Dr. Fischer (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Denzer: Frau Ministerin - -

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Nein, ich möchte jetzt im Zusammenhang vortragen.

(D)

Es gibt Studiengänge, die in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt haben, und andere, deren Bedeutung erst noch wächst. Eine Landesregierung und ein Landesparlament müssen den Mut haben, aus solchen Entwicklungen Konsequenzen zu ziehen.

Wenn wir den Ratschlägen der Opposition, wie sie hier vorgestern, vorher schon oft, aber auch noch heute vorgetragen wurden, folgten, liefe das darauf hinaus, zuzuwarten, bis Teile unserer Hochschulen austrocknen. Und das finde ich falsch. Die Regionalisierung unseres Hochschulwesens kann nur dann erhalten werden, wenn wir jetzt handeln und wenn wir die großen Erfolge der 60er und 70er Jahre jetzt stabilisieren. Wir brauchen Bewegungsspielräume auch beispielsweise für Berufungsverhandlungen.

Unsere Hochschulperspektivplanung 2001 hat zu verschiedenen Entscheidungen geführt, die wir hier anderthalb Jahre lang intensiv diskutiert haben. Ich finde, daß es genau der Punkt ist, auch in den Bereichen, die heute anstehen, die Entscheidungen zu treffen.

(Frau Minister Brunn)

- (A) Mancher hat die Diskussion als Einladung zum Streit verstanden; aber Streit kann auch nützlich sein. Die Beratung hat hier im Landtag zu einzelnen Modifizierungen geführt; auch das ist ein normaler und demokratischer Vorgang.

Im Blick auf die Entscheidungen zur Fachhochschule Hagen will ich noch einmal die Zielvorstellungen nennen: Wir wollen vier Studiengänge in Hagen mit ungünstiger Entwicklung und ungünstiger Prognose einstellen. Heute habe ich staunend gehört, daß die CDU mit der Einstellung von drei Studiengängen - bis auf Bauingenieurwesen, das sie ausbauen will - sogar sehr einverstanden ist. Nur übersehen Sie dabei, daß Bauingenieurwesen nicht einmal die Hälfte seiner Plätze mit Studienanfängern füllen kann. Es wäre also nicht besonders klug, ausgerechnet da etwas zu tun, weil wir landesweit andere Probleme haben.

Wir wollen Spielraum gewinnen, um die Fernuniversität zu stärken, indem wir Informatik und Elektrotechnik in Hagen zusammenführen und ausbauen. Bitte nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, daß die Fernuniversität in Hagen, eine Hochschule - wie ich meine - von europäischem Format, Ausbaubedarf hat und daß dem Rechnung getragen werden muß. Ich finde es wichtig, daß Hagen auch diese Hochschule annimmt.

- (B) Präsident Denzer: Frau Ministerin, lassen Sie sich einmal unterbrechen! Der Lärm ist unerträglich. Ich möchte das Hohe Haus bitten, mehr Rücksicht darauf zu nehmen, daß wir hier gemeinsam schon mehr als 20 Stunden tagen. Ich bitte um Ihr Verständnis! - Frau Ministerin, Sie haben weiter das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Die Fernuniversität wirbt kräftig Drittmittel ein, ein Anzeichen für Wirtschafts- und Transferfreundlichkeit, wenn Sie gerade auf diese Punkte Wert legen. Wir wollen diese Bereiche der Fernuniversität, die zur industriellen Erneuerung des Hagener Raumes wichtig sind, stärken und ausbauen.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Wir auch, Frau Ministerin!)

Ich glaube, das ist für alle wichtig.

Drittens: Wir wollen den märkischen Raum durch Ausbau der Fachhochschule Iserlohn zur "Märkischen Fachhochschule" stärken - Ausbau besonders in den Bereichen Biotechnologie - nämlich Verfahrenstechnik -, Korrosionsschutz. Ich habe gar nichts dagegen, wenn der Schwerpunkt Korrosions-

(C) schutz in Iserlohn ist. Kunststofftechnik - hier wollen wir ein Institut in Lüdenscheid in Kooperation mit der Fachhochschule ausbauen. Ich halte das für zukunftsorientiert. Ich halte es für völlig falsch, auf überholten Dingen um jeden Preis zu beharren und dann keine Entwicklungsmöglichkeiten zu haben.

Diese Ziele, die ich genannt habe, erreichen wir mit diesem Gesetzentwurf. Dafür ist der Gesetzentwurf und die Verabschiedung des Gesetzes notwendig. Die Modifizierung, die sich gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag ergeben hat, besteht doch darin, daß die Märkische Fachhochschule nicht Abteilung von Dortmund, sondern selbständig werden soll, daß Elektrotechnik der Fachhochschule in Hagen bleiben soll und daß wir eine Ausbauchance für Hagen in diesem Feld sehen. Dies erfolgt zunächst natürlich im Hinblick auf die Region, weniger aus hochschulimmanenten Gründen, sondern um den Wünschen einer Region im Umbruch Rechnung zu tragen.

Wir haben also einen Kompromiß gefunden, und der wird eine gute Lösung, wenn die Stadt Hagen ihr Versprechen wahr macht, für die Elektrotechnik der Märkischen Fachhochschule und für den Technologietransfer neue Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Wir werden die Stadt Hagen beim Wort nehmen. Und wenn die regionale Wirtschaft sich ihre Liebe zur Märkischen Fachhochschule und zu ihrer Außenstelle in Hagen dann auch etwas kosten läßt, wenn sie sich für die Elektrotechnik engagiert, dann halte ich es auch nicht für einen Fehler, daß es dort in nächster Zeit eine Personalfluktuations geben wird. Das ist auch eine Chance zur Erneuerung, die wir wahrnehmen werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

wenn - ich sage das Wort zum dritten Mal - die Stadt und die Region sich zur Fernuniversität bekennen und diese nicht nur gewissermaßen als ein Anhängsel dieser Stadt ansehen. Aus diesen allgemeinen Interessen der Region für die Hochschulen müssen Konsequenzen gezogen werden, und dafür schaffen wir die Voraussetzungen.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Sie haben mehrfach darüber geklagt - auch heute wieder -, daß Sie die Zielsetzung, das Gesamtkonzept vermissen würden und es nicht erkennen könnten. Sie stecken erst den Kopf in den Sand und beklagen sich dann über die schlechte Aussicht. Ich halte das nicht für sehr überzeugend.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Frau Minister Brunn)

- (A) Sie klagen und Sie lamentieren andauernd, unsere Hochschulen seien angeblich schlecht ausgestattet. Sie lägen hoffnungslos zurück im Wettbewerb mit den anderen Hochschulen in Süddeutschland. Ich sage Ihnen: Wir reden nicht von einem Nord-Süd-Gefälle, sondern von einem Süd-Nord-Gefälle – und mit Recht, was die Qualität unserer Hochschulen betrifft.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben überhaupt keinen Grund, dies anders zu sehen. Nichts von dem, was Sie sagen, ist wahr.

Auf der anderen Seite behaupten Sie, wir hätten zu viele Hochschulen, erzählen überall hinter vorgehaltener Hand, es sei der größte Fehler früherer Landesregierungen gewesen, überall im Lande Hochschulen zu gründen. Dann wieder weinen Sie sich die Augen aus, zeigen tiefe Bestürzung, wenn wir vorschlagen, wenig ausgelastete Studiengänge, gerade damit alle Hochschulstandorte im Lande erhalten und entwicklungsfähig bleiben, rechtzeitig zu streichen. Sie müssen sich einmal in Ihrer Argumentation einigen, wofür oder wogegen Sie sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich fordere Sie auf, hier nicht länger über die Hochschulen zu lamentieren und sich den konkreten Problemen der Hochschulen zu stellen, und zwar nicht nur im positiven, sondern – wenn es nötig ist – auch im negativen Sinne. Denn das ist Ausweis für Verantwortlichkeit.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Denken Sie nicht nur provinziell. Aber wenn Sie schon provinziell denken,

(Doppmeier (CDU): Was ist denn provinzielles Denken, Frau Ministerin?)

dann behalten Sie wenigstens die Zukunft der Region im Auge und nicht nur die Vergangenheit. Nehmen Sie wenigstens die Zukunft in den Blick. Ich bitte um mehr Verantwortungsbewußtsein, gerade bei Ihnen, bei der Opposition.

Darum bitte ich um Zustimmung zu dem Hochschuländerungsgesetz. Beteiligen Sie sich intensiv und sachbezogen an dem Diskurs um die Perspektive unserer Hochschulen über das Jahr 2000 hinaus. Ich habe jedenfalls Interesse an einer solchen Diskussion, und ich erwarte endlich von Ihnen konkrete Vorschläge und nicht solche Miesmachereien.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Beratung geschlossen.

(C)

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der F.D.P. hat gemäß § 54 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung namentliche Abstimmung beantragt. Zur Abstimmung steht die Frage, wer dem Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung – Drucksachen 10/2954 und 10/2984 – seine Zustimmung geben möchte.

Ich bitte, mit "Ja", "Nein" oder "Enthaltung" zu antworten und dies von den Ihnen nach dem Sitzplan zugewiesenen Plätzen aus zu tun. Ferner bitte ich, nach Abgabe der Stimme Ruhe zu bewahren, damit die Schriftführer die Abstimmung störungsfrei durchführen können. Danke schön im voraus!

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen und dabei eine Ausnahme insofern zu machen, als Abg. Dr. Klose als erster aufgerufen wird, weil er als Vizepräsident mich in dienstlicher Eigenschaft bei einem Termin vertreten muß, der schon läuft. – Ich bitte, mit der Abstimmung zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Darf ich fragen, ob irgend jemand nicht aufgerufen wurde? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(D)

Zur Korrektur: In die Liste der Entschuldigten ist Herr Kollege Dr. Biedenkopf einzutragen, dessen Entschuldigung heute morgen hier schriftlich eingegangen ist.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen; wir haben auch noch über eine Entschließung der Fraktion der CDU zu diesem Gesetz abzustimmen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis mitteilen: Es stimmten insgesamt 200 Abgeordnete ab. Davon stimmten mit Ja 111 Abgeordnete, mit Nein 89 Abgeordnete, der Stimme enthalten hat sich kein Abgeordneter.

Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung – Drucksachen 10/2954 und 10/2984 – in dritter Lesung verabschiedet.